

## **Interview Alternativen zum russischen Gas**

### **Christoph Heinemann im Gespräch mit Andreas Jung, MdB, CDU**

"Informationen am Morgen", 15.7.2022, 8:10 Uhr

**Christoph Heinemann:** Zu den wenigen Gewissheiten bei der Energieversorgung gehört: Es wird teuer. Ab 2023, so warnt Klaus Müller, der Präsident der Bundesnetzagentur, müssen sich die Gaskundinnen und Kunden auf eine Verdreifachung der monatlichen Abschlagszahlungen einstellen. Wer sein Konto schonen möchte, spart Energie, wo es geht. Weniger Energieverbrauch bedeutet übrigens auch weniger Schadstoffausstoß.

Wegen der Wartungsarbeit gelangt gegenwärtig kein Gas durch Nord Stream eins und danach möglicherweise auch nicht mehr. Die Folge: Bei der Gasspeicherung geht es, wenn überhaupt, nur im Schneckentempo voran.

Die Bundesregierung möchte deshalb Gaskraftwerke, die Strom herstellen, durch Kohlekraftwerke ersetzen. Die würden die Umwelt wiederum belasten.

Eine Alternative (allerdings eine mit strahlender Hinterlassenschaft): Die Union fordert, die drei noch laufenden Kernkraftwerke auch im kommenden Jahr weiterlaufen zu lassen. Die Anlagen erbringen rund fünf Prozent der deutschen Stromproduktion. Allerdings haben die meisten Betreiber dieser Anlagen einer Laufzeitverlängerung eine Absage erteilt.

Andreas Jung von der CDU ist am Telefon. Er ist der klima- und energiepolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Wahlkreis Konstanz am Bodensee. Guten Morgen.

**Andreas Jung:** Guten Morgen, Herr Heinemann!

**Heinemann:** Herr Jung, keine Brennstäbe, kein Personal, keine Betriebserlaubnis. Wie soll man so ein Kernkraftwerk betreiben?

**Jung:** Diese Frage hat doch jetzt auch Dietmar Woidke aufgerufen. Das zeigt: Es gibt jetzt auch eine Debatte in der Ampel-Koalition. Es geht nicht darum, die Grundsatzentscheidung in Frage zu stellen. Es geht schlicht um die Frage: Wollen wir wirklich in dem Winter, in dem die Regierung eine Energienotlage fürchtet, wo Habeck sagt, wir müssen mit dem Schlimmsten rechnen, von einem Albtraum-Szenario spricht, die drei bestehenden Kernkraftwerke abstellen, oder wollen wir diese Kapazitäten jetzt noch nutzen, um eine solche Notlage abzuwenden? Das ist der Punkt.

**Heinemann:** Ist das zeitlich bis zum Jahresende überhaupt noch machbar?

**Jung:** Das ist selbstverständlich machbar. Im Übrigen: Wir stellen diese Frage ja seit März. Wir stellen sie nicht nur nach der Kernenergie; wir stellen sie auch nach der Biomasse, die auch genutzt werden könnte, die die Bundesregierung an dem Tag, an dem sie die Kohle erweckt hat, weiter gedeckelt hat, statt jetzt Potenziale zu nutzen. Seit März ist viel Zeit verstrichen. Seitdem hätte man Gaskraftwerke drosseln und damit Gas für den Winter einsparen können. Es ist seitdem nichts passiert. Es könnte jetzt gemacht werden. Es wird nach wie vor nicht gehandelt. Was wir jetzt nicht machen, könnten wir im Winter bitter bereuen, und deshalb ist jetzt die Möglichkeit zu handeln und dafür ist es nicht zu spät.

**Heinemann:** Herr Jung, wenn Sie die Betreiber fragen, dann sagen zwei von drei, wenn ich das richtig verstanden habe, nämlich RWE und ENBW „nein“. Das heißt, sie wollen nicht. Sollte der Staat die Unternehmen zwingen?

**Jung:** Ich habe das anders verstanden. Robert Habeck hat ja öffentlich über diese Frage nachgedacht. Er hat gesagt, wir müssen es ergebnisoffen prüfen. Dann haben die Betreiber erklärt, sie sind dazu bereit, diese Prüfung zu machen, und haben aufgezeigt, dass es dafür Möglichkeiten gibt. Deshalb liegt der Ball jetzt schon bei der Bundesregierung. Das kann sie nicht irgendwo delegieren und sagen, da gibt es Fragen zu klären. Die Fragen, die zu klären sind, sind klärbar. Da geht es um Personal. Es geht um die Sicherheit, die selbstverständlich gewährleistet sein muss. Wir haben fortlaufende Sicherheitsprüfungen. Und dann wird immer die Frage

der Brennstäbe aufgerufen. Für diesen Winter geht es nicht um neue Brennstäbe. Man kann das, was Woidke fordert, drei, vier Monate länger laufen lassen, mit den bestehenden Brennstäben machen. Deshalb liegt der Ball jetzt bei der Bundesregierung. Sie muss jetzt Farbe bekennen und die Frage beantworten, ob sie angesichts der drohenden Notlage bereit ist, ohne Denkverbote auch diese Frage anzugehen. Aber ich habe deutlich gesagt, auch die der Biomasse. Da liegt Mais in den Lagern. Wir hatten im letzten Jahr eine gute Ernte. Dieser Mais kann nur für Biomasse-Produktion verwendet werden. Damit könnte kurzfristig mehr Strom produziert werden. Das ist eine CO<sub>2</sub>-sparsame Alternative zu der CO<sub>2</sub>-intensiven Kohle, und nicht mal dazu ist die Bundesregierung bereit, darüber nachzudenken. Das hat mit grüner Politik im Sinne von Ökologie nun wirklich nichts zu tun.

**Heinemann:** Noch einmal zur Klärung bitte, Herr Jung. Welcher der drei Betreiber der Kernkraftwerke hätte gesagt, ja, wir möchten gerne die Laufzeiten verlängern?

**Jung:** Wir haben gerade im Süden, wo die Zahlen, die Sie genannt haben, sich übrigens anders darstellen – wir haben in Baden-Württemberg 15 Prozent der Stromproduktion aus der Kernenergie. Als Habeck Offenheit signalisierte, gab es sowohl in Baden-Württemberg bei ENBW als auch in Bayern bei Isar 2 das Signal, dass man bereit ist, in diese Richtung zu gehen. Habeck hat an einem Tag Offenheit signalisiert. Am nächsten

Morgen hat Frau Lemke erklärt: Ist doch nicht, Prüfung abgeschlossen, wir machen es nicht.

Ich bin sicher: Wenn die Bundesregierung das Signal gibt, wir prüfen das jetzt noch mal ergebnisoffen, dass dann Bereitschaft und Möglichkeiten da sind, nicht die Grundsatzentscheidung in Frage zu stellen, aber jetzt in der Notlage sichere Kapazitäten zu nutzen, um einen Mangel abzuwenden.

**Heinemann:** Benötigen wir Strom oder Wärme?

**Jung:** Wir benötigen ja beides. Natürlich das meiste Gas, das ersetzt werden muss; dafür brauchen wir Gas in Gasheizungen, in industriellen Prozessen, als Grundstoff etwa in der Chemie-Industrie. Dafür brauchen wir Gas. Aber natürlich geht es auch um Strom. Die Bundesregierung sagt, Habeck sagt, wir haben kein Stromproblem, aber gleichzeitig fährt er die Kohlekraftwerke hoch mit dem einzigen Ziel, Strom zu produzieren, um Gaskraftwerke, den Einsatz von Gas zur Stromerzeugung in Gaskraftwerken zu ersetzen. Da widerlegt er ja sein eigenes Argument. Wir steuern insgesamt auf eine kritische Lage, die sich sehr schnell zu einer Notlage zuspitzen kann, und da hilft alles, was wir haben. Wir sollten in dieser Situation, in der die Bundesregierung ja selbst die Notlage befürchtet, nicht auf Kapazitäten verzichten, sondern sollten alle Potenziale nutzen. Das gilt übrigens auch für die Einsparung. Auch da werden Potenziale links liegen gelassen. Warum gibt es nicht längst wie in Italien seit dem 1. Mai ein Sparprogramm für öffentliche Gebäude im

ganzen Land? Das haben wir in Deutschland nicht. Da machen jetzt Kommunen vieles, Länder machen ihre Programme. Warum geht die Bundesregierung nicht voran? Warum? Die Bundesregierung hat eine Auktion für freiwillige Einsparung in der Industrie angekündigt. Warum wird das seit Wochen angekündigt, soll jetzt im Herbst umgesetzt werden; da könnte es dafür zu spät sein! Wir lassen jetzt Möglichkeiten ungenutzt.

**Heinemann:** Bleiben wir bitte noch mal bei der Stromproduktion. Was spricht denn gegen die Pläne der Bundesregierung, Kohlekraftwerke in Betrieb zu nehmen?

**Jung:** Die Klimabilanz.

**Heinemann:** Ihnen geht es um den Klimaschutz?

**Jung:** Es geht um beides. Es geht darum, dass wir jetzt alle Kapazitäten, alle Potenziale, die wir haben, nutzen sollten, auf nichts jetzt angesichts der drohenden Lage verzichten sollten. Das ist das eine.

Das zweite ist: Die Kohle ist CO<sub>2</sub>-intensiv. Und wir haben auch die Klimakrise. Die Bundesregierung hat in dieser Woche ihr Sofortprogramm Klimaschutz abgesagt, weil sie sich nicht einig ist. Sie müsste mehr CO<sub>2</sub> einsparen, weil das Klimaziel nicht erreicht wurde. Stattdessen fährt sie die Kohle hoch. Das ist ein Stück weit nachvollziehbar, nutzt aber die Alternativen nicht, die CO<sub>2</sub>-sparsam wären, und diese Frage müssen wir doch auch als Lehre aus früheren Krisen beantworten. Wir müssen jetzt in

der Ukraine-Krise entschieden handeln, aber wir dürfen darüber die Klimafrage nicht aus den Augen verlieren. In einer Situation, wo CO<sub>2</sub>-sparsame Alternativen zur Verfügung stehen, diese nicht zu nutzen, halte ich für einen schweren Fehler.

**Heinemann:** Herr Jung, bei einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen ließen sich jährlich 2,6 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> und 800 Millionen Liter Kraftstoff sparen. Was folgt daraus für den Klimaschutz und fürs Einsparen?

**Jung:** Ich persönlich wäre in dieser Situation auch offen für ein befristetes Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen, aber dazu braucht es jetzt eine Initiative der Bundesregierung. Es braucht den Bundeskanzler. Da machen jetzt die einzelnen Minister Pläne ...

**Heinemann:** Ganz kurz zum Mitschreiben: Macht die CDU mit bei einem Tempolimit, sagen wir, 120 oder 130?

**Jung:** Ich habe Ihnen zunächst jetzt mal meine persönliche Meinung beschrieben. Ich erwarte, dass die Bundesregierung alle zusammentrommelt, Regierung und Opposition – ist ja bisher nicht erfolgt – und die Bundesländer, und sagt: Es droht eine Notsituation, deshalb muss jetzt jeder das Herz in die Hand nehmen, auch ein Stück weit über seinen Schatten springen. Die einen bei Kernenergie-Nutzung im Winter. Ich wäre bereit, in meiner Partei dafür zu werben, dass wir einem befristeten Tempolimit von 130 km/h zustimmen. Bei uns wird ohnehin

darüber auch eine Debatte geführt. Die begrüße ich. In unserem Grundsatzprogramm steht: Freiheit in Verantwortung, nicht freie Fahrt für freie Bürger, und um Verantwortung geht es jetzt. Deshalb muss jeder bereit sein, ohne Denkverbote Schritte zu machen.

**Heinemann:** Welche ist denn die Haltung der CDU/CSU-Fraktion in dieser Frage Tempolimit?

**Jung:** Da kommen wir von woanders her. Das ist nicht unsere Forderung. Wenn jetzt aber ein Notstand droht und der Bundeskanzler entsprechend alle gesellschaftlichen Kräfte einsammelt, dann, meine ich, sollten auch wir zu einem solchen Schritt bereit sein. Diese Diskussion ist zu führen. Das ist jetzt meine persönliche Meinung. Ich bin dafür bereit, dafür zu werben. Aber wir müssen einfach sehen, was das Gebot der Stunde ist. Gebot der Stunde ist es abzuwenden, dass eine Notlage kommt, und da sollten wir jetzt vor allem die Dinge machen, die für Energiesicherheit und Klimaschutz etwas bringen.

Ich will noch einen Punkt aufrufen: Heizungsoptimierung. Massenhafte Heizungsoptimierung, dazu ruft die Bundesregierung auf. Es gibt aber keine Anreize. Warum gibt es keine Energiespar-Gutscheine für jeden Haushalt, um jetzt Heizungsoptimierung zu machen. Das spart zehn bis 15 Prozent, hilft dem Klimaschutz und der Energiesicherheit.



**Heinemann:** Da ist möglicherweise die Bundesregierung zu langsam. Die Union ist viel zu langsam bei der Frage Tempolimit. Es kann doch nicht sein, dass Sie das jetzt erst diskutieren.

**Jung:** Das ist doch eine Debatte, die wir seit langer Zeit haben.

**Heinemann:** Ja, eben! Deshalb müsste doch die Union dazu eine Meinung haben. Sie haben gerade gesagt, wir kommen von weit her und wir wussten noch gar nicht, was wir wollen.

**Jung:** Sie kennen doch unsere Meinung. Sie kennen doch unsere Position. Ich sage Ihnen, welche Position ich im Wahlkampf vertreten habe. Wir haben Klimaziele, wir haben ein Klimaschutzgesetz. Wir haben uns nicht für ein Tempolimit ausgesprochen, aber für verbindliche Klimaziele. Ich habe schon im vergangenen Herbst gesagt: Wenn wir diese Klimaziele nicht erreichen, verpflichtet das Klimaschutzgesetz zum Nachsteuern. Wir haben es gerade im Verkehr nicht erreicht und deshalb müssen wir jetzt auch hier Dinge neu bewerten, und deshalb bin ich der Meinung in dieser Situation, deshalb sage ich auch befristet. Es geht jetzt um Klimaschutz und wie wir die Ziele kurzfristig erreichen, die im letzten Jahr verfehlt wurden. Es geht jetzt um Energiesicherheit, diese Debatte findet jetzt statt. Das gilt ja für die anderen Fragen auch, und in dieser Situation sollte jeder bereit sein, einen Schritt nach vorne zu tun.

**Heinemann:** Herr Jung, Deutschland verfügt über nennenswerte Gasvorkommen. Sollte Fracking in Deutschland großflächig zugelassen werden?

**Jung:** Fracking wird mit Sicherheit für den kommenden Winter keinen Beitrag leisten können. Die Frage, über die wir jetzt gesprochen haben, dazu wird unkonventionelles Fracking in Deutschland keinen Beitrag leisten können, weil es hier einen ganz langen Vorlauf bräuchte, wenn man es aufrufen wollte, mit Gesetzgebungsverfahren, Planungsverfahren, Genehmigungen, Probebohrungen. Da spricht man von einem Zeitraum von zehn Jahren. In zehn Jahren wollen wir beim Wasserstoff sein. Gas soll ja nur Brückentechnologie sein. Deshalb rate ich, dass wir jetzt alle Anstrengungen darauf konzentrieren, bei der grundsätzlichen Frage Richtung Wasserstoff zu gehen. Und im Übrigen: Auch beim Wasser geht es um Versorgungssicherheit. Wir haben aus guten Gründen übrigens mit der schwarz-gelben Bundesregierung Fracking einen Riegel vorgeschoben. Ich komme vom Bodensee. Da hat die Bodensee-Wasserversorgung darauf hingewiesen, dass fünf Millionen Menschen Trinkwasser aus dem Bodensee beziehen und dass dessen Sicherheit gefährdet würde, wenn jetzt mit dieser Technologie und dem Einsatz von Chemikalien gefrackt würde. Deshalb bleibe ich kritisch und ganz sicher wird es zu der Energiesicherheit in diesem Winter nichts beitragen können.

**Heinemann:** Womit Sie auch die Forderung des CDU-Wirtschaftsrates ablehnen würden, der gesagt hat, mit heimischer Erdgasförderung ließen

sich jetzt die russischen Importe nicht vollständig kompensieren, aber das wäre doch ein Beitrag zu einer größeren Unabhängigkeit.

**Jung:** Entschuldigung, da ist zu differenzieren. Die konventionellen Vorkommen, die wir jetzt haben und die bisher nicht genutzt werden sollten, müssen genutzt werden. Solche Bestrebungen gibt es ja auch. Das unterstützt die CDU, das ist auch kurzfristig machbar, kann kurzfristig einen Beitrag leisten. Aber da müssen wir differenzieren zwischen dem Konventionellen der Erdgasförderung und dem unkonventionellen Fracking.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*